

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mitzner,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 11. Juni 1918. Nr. 118.

8. Kriegsanleihe. Die Wiener Bürgervereinigung hat in Ihrer letzten unter dem Vorsitz des StR. Brauneiß abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, aus Ihren Mitteln einen grösseren Betrag auf die achte Kriegsanleihe zu zeichnen.

Hauptrechnungsabschluss der Stadt Wien.

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien über das Verwaltungsjahr 1916/17 liegt gegenwärtig im Gemeinderatspräsidium zur Einsicht auf. Das Verwaltungsjahr schliesst mit einem Abgang von rund 2'2 Millionen Kronen, indem den Einnahmen von 394,782.965 K Ausgaben von 396,993.776 K gegenüberstehen. Die ordentliche Gebahrung war mit 15'2 Millionen Kronen aktiv, die ausserordentliche Gebahrung dagegen mit 17'4 Millionen Kronen passiv. Das Plus der ordentlichen Gebahrung beruht allerdings lediglich auf der im Verwaltungsjahre vorgenommenen Erhöhung der städtischen Zuschläge und der Tarife der Strassenbahnen, der Gas- und Elektrizitätswerke. Auch die ausserordentliche Gebahrung ist aktiv, wenn berücksichtigt wird, dass von den im Verwaltungsjahre um 124,592.000 K angekauften Lebensmitteln am Ende des Jahres noch ein Teil im Werte von 9,550.000 K vorhanden war. Auf den angeführten Gründen beruhen im wesentlichen auch die Abweichungen vom Voranschlage, der einen Abgang von fast 16 Millionen Kronen angenommen hat, um dem gegenüber sich die ordentliche Gebahrung um 18'4 Millionen Kronen günstiger, die ausserordentliche Gebahrung aber um 4'6 Millionen Kronen ungünstiger erweist. Das Steuerertragnis belief sich auf 103,914.208 K, d. i. um 12'9 Millionen Kronen mehr als veranschlagt. Die Abfuhr der Unternehmungen betragen 25,407.628 K, wozu noch die Beiträge zur Verzinsung und Tilgung der investierten Anlehensgelder mit 19,049.998 K kommen. An Gebühren gingen insgesamt 32,469.572 K ein, die Armenfonds brachten 8,302.800 K, der Ertrag des unbeweglichen Vermögens war 3,017.203 K und die Zinsen von Wertpapieren, Kassen- und Anlehensbeständen betragen 8,572.327 K. - Der Schuldendienst erforderte infolge der Begebung einer Anleihe von 250 Millionen Kronen 53,955.029 K, um 5'9 Millionen Kronen mehr als veranschlagt war. Auf reguläre Bezüge der Vertreter und Angestellten der Gemeinde Wien einschliesslich der Lehrpersonen entfielen 65,271.961 K.

Von den ausserordentlichen Einnahmen entfielen, abgesehen von dem Lebensmittelerlöse, für verkaufte Realitäten 5,418.406 K für veräusserte Wertpapiere 21,083.980 K, für aufgenommene Passivkapitalien 18,650.835 K.

An besonderen Kriegsauslagen finden wir ausser den Bequartierungsauslagen von 12,040.000 K und den bereits erwähnten Ausgaben für den Ankauf von Lebensmitteln Ausgaben von 2,648.000 K für die Brot- und Mehlkommissionen, 2,069.000 K für sanitäre Vorkehrungen, 518.000 K für Notstandsarbeiten und 8,376.000 K an Kriegszulagen für die Angestellten einschliesslich der Lehrer.

Aus Anlehensgeldern und Stücklagen der Unternehmungen wurden 17,170.504 Kronen verwendet.

Gegen das Verwaltungsjahr 1915/16 sind (hauptsächlich infolge der höheren Einnahmen aus Steuern, grösseren Abfuhr der

Unternehmungen und höheren Fruktifikatszinsen der Anlehensgelder) die ordentlichen Einnahmen um rund 24'8 und (durch den höheren Schuldendienst, sowie grössere Ausgaben für das Armenwesen, die Schulen und die allgemeine Verwaltung) die ordentlichen Ausgaben um rund 25'2 Millionen Kronen gestiegen. In der ausserordentlichen Gebahrung sind infolge des grösseren Lebensmittelumsatzes die Einnahmen um 25'2 Millionen Kronen und die Ausgaben um 30'2 Millionen Kronen gestiegen. Hauptsächlich durch die Begebung des Anlehens von 250 Millionen Kronen bei gleichzeitiger Einnahme von 100 Millionen Kronen Kassenscheinen und durch die Zeichnung von Kriegsanleihe haben sich die Aktiva des Gemeindegutes um 193,387.412 K, die Passiva aber um 203,689.551 K erhöht und beträgt das reine Aktivum des Gemeindevermögens 490,038.966 K. Die Erledigung des Rechnungsabschlusses im Gemeinderate dürfte erst im Herbst erfolgen, da die Drucklegung infolge des Mangels an Arbeitskräften im Druckereigewerbe noch nicht fertiggestellt werden konnte.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates legte VB. Hoss den Rechnungsabschluss vor, welcher zur Kenntnis genommen wurde.

Einweihung des Nachmarktes. Gestern vormittags fand die Einweihung des Marktamtgebäudes auf dem Naschmarkt und des an ihm angebrachten Muttergottesbildes (genannt Bäckerkreuz) durch den Kommandeur Pfob von den Kreuzherren zu St. Karl auf der Wieden unter Assistenz von zwei Kooperatoren statt. Zur Feier waren die Gemeinderäte Breuer, Eglauer, Lux, Fanosch und Regierungsrat Schmid, die Bezirksvorsteher Charvat und Dirnbacher Bezirksvorsteher-Stellvertreter Feiler, Marktamtsdirektor Bauer, Marktamtsoberinspektor Wagner und Schuldirektor Kunschner. Vom Marktamtgebäude begab sich der Zug dem sich viele Händler vom Naschmarkt und Mitglieder des Damenkomitees angeschlossen hatten zur Johanniskapelle, die seinerzeit aus dem alten Freihause auf den Naschmarkt übertragen worden war und sodann zur St. Korona - Kapelle, mit deren Einsegnung die Feier beendet wurde.

Arbeitsnachweis für Frauen. Der Arbeitsnachweis der Stadt Wien, Abteilung für Frauenarbeit, 15. Rosinagasse 4 hat mit 1. Mai d. J. die Vermittlung weiblicher Arbeitskräfte für den Heeresdienst übernommen. Obwohl sich bereits eine grosse Anzahl von Bewerberinnen gemeldet hat, herrscht noch immer ein dringender Bedarf nach: Stenotypistinnen, Maschinschreiberinnen, Schreiberinnen, Köchinnen, Wäscherinnen, Kellnerinnen etc. Bewerberinnen im Alter bis zu 24 Jahren, die eine Anstellung in der Etappe anstreben, können jedoch nur dann berücksichtigt werden, wenn die Eltern oder die gesetzlichen Vertreter ihre Zustimmung gegeben haben.

Die Gemüse- und Obstversorgung Wiens. Die ungünstigen Verhältnisse in der Obst- und Gemüseversorgung Wiens haben zur Erkenntnis geführt, dass eine Fortdauer der bisherigen Zustände nicht geduldet werden kann, dass aber andererseits eine sofortige allgemeine Wiedereinführung des freien Handels auch ein bedenkliches Experiment wäre, dass vielmehr eine planmässige Versorgung nur durch gemeinsame Arbeit aller in Betracht kommenden Faktoren (Händler, Konsumenten und Gemeinde) möglich sei. Nach langwierigen Verhandlungen hat sich nun eine Gesellschaft m. b. H. mit dem Namen „Wiener Gemüse und Obst - Uebernahme- und Verteilungsstelle“ gebildet. Bei der Tätigkeit der neuen Stelle wird vor allem von dem Grundsatz ausgegangen, dass der freie Handel dort, wo sich ihm

eine Gelegenheit zur Betätigung bildet, sich frei bewegen soll. Es wird daher jeder Händler und jede Konsumentenorganisation, wenn der freie Handel nicht durch die Vorschriften des Ernährungsamtes verboten ist Ware nach Wien bringen können, nur mit der Zustimmung der Uebernahme- und Verteilungsstelle anzuzeigen, damit diese in die Lage kommt, auf eine gleichmässige Verteilung in Wien Einfluss zu nehmen. Ausser dieser die Verteilung regelnden Tätigkeit wird die Stelle auch eigene Geschäfte durchföhren: Bei allen jene Obst- und Gemüsesorten, welche der staatlichen Bewirtschaftung unterliegen werden und wo daher der freie Handel ausgeschlossen ist, wird die Stelle die für Wien bestimmte Ware auf eigene Rechnung übernehmen, um mit Hilfe ihrer Mitglieder unter möglichst gleichmässiger Verteilung abgeben. Die neue Stelle ist nicht auf Gewinn berechnet, sondern als gemeinnütziges Unternehmen gedacht. Sie wird für die Dauer der durch die Kriegsergebnisse hervorgerufenen ausserordentlichen Verhältnisse errichtet und tritt ein Jahr nach Friedensschluss in Liquidation. Das Stammkapital ist mit 3 Millionen Kronen festgesetzt, wovon ein Drittel auf jede Interessentengruppe entfällt.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates erstattete Regierungsrat Schmid ein ausführliches Referat über diese Angelegenheit und beantragte, die Gemeinde Wien möge der Gesellschaft mit einer Stammeinlage von 1 Million Kronen beitreten. An der Debatte beteiligten sich die StRe. Knoll, Müller, Dr. Hein, Hohensinner, Grünbeck, Hötzel und Dechant, worauf die einstimmige Annahme des Referentenantrages erfolgte.

Verwahrung gegen die Errichtung eines südslavischen Staates. In Erledigung eines vom GR. Gussenbauer und Genossen im Gemeinderate eingebachten Antrages hat heute der Stadtrat nach einem Antrage des StR. Tomola einstimmig nachstehenden Beschluss gefasst: Der Gemeinderat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, eingedenk seiner Pflichten gegen das Reich, wie nicht minder gegen das deutsche Volk in Oesterreich legt feierlich Verwahrung ein gegen die in der Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 30. Mai 1917 abgegebenen Erklärungen der tschechischen und der im südslavischen Klub vereinigten Abgeordneten wonach diese die Errichtung eines selbstständigen tschechisch - slowakischen und eines selbstständigen südslavischen Staates verlangen. Diese Bestrebungen, welche sich mit den Absichten der mit Oesterreich-Ungarn im Kriege stehenden feindlichen Mächte decken, daher von ihnen in jeglicher Weise unterstützt werden, sind zielbewusst gegen die Einheit, Unteilbarkeit, ja gegen den Weiterbestand der Monarchie gerichtet und bilden somit auch eine schwere Bedrohung der volkswirtschaftlichen und handelspolitischen Interessen Wiens als Reichshauptstadt. Indem sie im Norden 3 1/2, im Süden 1/2 Million Deutsche der Willkür der slawischen Machthaber zu unterjochen gedanken, ist ihr Ziel eine unerhörte, unerträgliche Verhöhnung, Demütigung und Vergewaltigung des deutschen Volkes, welches diesen Plänen einmütig die entschlossenste Abwehr entgegenstellt.

Der Gemeinderat fordert erneut die endliche Bankrottierung der lex-Kolisko und wiederholt aus Gründen der Gleichberechtigung der Deutschen sein Verlangen nach Errichtung einer deutschen nautischen Schule in Triest, da das deutsche Volk in Oesterreich ein Anrecht darauf hat, dass der durch deutschen Handel und Verkehr im besonderen Masse geförderte Handelshafen des Reiches und die Seeschifffahrt Oesterreichs auch unter deutschem Einfluss ihre weitere Entwicklung nehmen.

Der Gemeinderat der Stadt Wien erblickt in dem engen Anschluss der Monarchie an das Deutsche Reich und in dem treuen Bündnis mit diesem die einzige Sicherheit und Gewähr für einen dauernden Frieden und für die gedeihliche Zukunft der Völker Oesterreichs.